



► WENN JEMAND WILL, SOLL MAN IHN LASSEN
Kinderrechtler Heimrath: Was wir engagiert tun, dient immer dem Ganzen.
Seite 8



► WENN ALLE WÄHLEN DÜRFTEN, WÄRE DAS ABSURD
Politiker Ströbele: Beteiligungsrechte je nach Reife von Kindern
Seite 4



► WENN ES MENSCHENRECHTE GIBT, DANN FÜR ALLE LEBENSALTER
Philosoph Saner: Wahlalter Null und direkte Mitbestimmungsrechte.
Seite 5

DURCHWAHL

ZEITUNG DER KAMPAGNE ICH WILL WÄHLEN ZUM WAHLRECHT FÜR UNTER18JÄHRIGE

MAI | JUNI 2002

AN EUCH ALLE!

Seit dem 10. März gibt es die Kampagne ICH WILL WÄHLEN. Im Rahmen der Kampagne sollen verschiedenen Auffassungen zur Wahlalterfrage zu Wort kommen, in der Öffentlichkeit diskutiert und politisch beachtet werden. Deshalb haltet ihr jetzt unsere erste Zeitung über die Kampagne in der Hand.

ICH WILL WÄHLEN hat bisher nicht nur insgesamt fast 1000 persönliche Unterstützer (davon über 650 Unter18jährige) gefunden, sondern auch zahlreiche Organisationen, darunter einige Bundesverbände. Wir erhalten bundesweit Unterstützung von ganz unterschiedlichen Jugendorganisationen darunter parteiunabhängige Vereinigungen wie die BundesschülerInnenvertretung, die Deutsche Jugendpresse e.V. und Vereine der Kinder- und Jugendarbeit. Einige dieser Gruppen wenden sich jetzt an ihre Basis, so daß wir in der nächsten Zeit mit einem deutlichen Anwachsen der Unterschriftenzahlen rechnen. Auf verschiedenen Internetseiten und -portalen findet sich unser Logo mit Link und kurzen Erläuterungen. Auf Seite 12 findet Ihr Hinweise, wie Ihr die Kampagne unterstützen könnt.

Also viel Spaß beim Lesen und: Weitersagen, dass es die Kampagne gibt!

Eure DURCHWAHL-Redaktion

P.S. Übrigens finden wir es erfreulich, dass auch viele 11-, 12-, und 13-Jährige unterschrieben haben, weil viele nur bis Wahlalter 14 und nicht an die jüngeren denken.

INHALT

- WARUM WÄHLEN WIR EIGENTLICH?
Heutige Wahlen sind der Rest einer großen Idee
Seite 2
- MIT RECHT UND GESETZ GEGEN DAS WAHLALTER
Infos zur Klage vorm Bundesverfassungsgericht
Seite 3
- HIER BEGINNT DIE DEMOKRATIEFREIE ZONE
Demokratie und Schule - ein Widerspruch?
Seite 11
- „ICH BIN UNTER 18 UND ICH WILL WÄHLEN“
Der Petitionstext
Seite 12



„KINDER SIND ZU DUMM FÜR POLITIK“

ICH WILL WÄHLEN!

► Kampagne zum Wahlrecht für Unter18jährige

Politik bestimmt - ohne Euch, solange Ihr nicht wählen dürft. Angefangen von Schule, Studium, Wehrpflicht bis hin zu Staatsverschuldung und Umweltschutz: durch die Altersgrenze beim Wahlrecht werdet Ihr von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Und den meisten Menschen erscheint dies als eine Selbstverständlichkeit.

Die bundesweite Kampagne ICH WILL WÄHLEN will das mit Eurer Hilfe ändern. Ihr als Unter18jährige könnt eine Beschwerde an den Bundestag - eine Petition - unterschreiben (auch online) und damit Euer persönliches Wahlrecht einfordern. Mit Eurer Unterschrift verlangt ihr, selbst an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen zu wollen. Auch Über18jährige können Euch mit ihrer Unterschrift unterstützen.



ARBEITSTREFFEN ZUM START DER KAMPAGNE AM 10. MÄRZ 2002

UND DANN?

Am 12. September - 10 Tage vor der Wahl - wollen wir die Petition im Bundestag einreichen. Politiker im Bundestag werden aufgefordert, die Gesetze zu ändern, also die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

UND WOZU?

Vom geänderten Wahlrecht versprechen wir uns, daß die Politik die Interessen der Unter18jährigen (ca. 20% der Gesamtbevölkerung) berücksichtigt. Denn die Voraussetzung dafür, dass Politiker etwas durchsetzen können, sind Wählerstimmen.

ERKLÄRT

EINE PETITION

Eine Petition ist eine schriftliche Bitte oder Beschwerde, mit der man sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen an die zuständigen Behörden und Parlamente wendet. Petitionen müssen unterschrieben und mit der Adresse des Beschwerdeführers versehen sein.

Das Petitionsrecht ist ein Grundrecht (Artikel 17 Grundgesetz). Es gilt ausdrücklich auch für Kinder und Jugendliche sowie für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Petitionen können entweder Beschwerden über die Arbeit einer Behörde sein oder Anregung zur Veränderung von Gesetzen.

Die Beschwerdestelle des Bundestags - der Petitionsausschuß - muß unseren Sachverhalt prüfen und unser Anliegen gegebenenfalls an die Bundesregierung oder die Bundestagfraktionen weiterleiten. Anschließend wird uns mitgeteilt, ob bzw. wie dem Anliegen entsprochen wurde.

► ICH WILL WÄHLEN
Dunckerstr. 11, 10437
Berlin, 030 / 44 797 22
www.ich-will-waehlen.de
info@ich-will-waehlen.de

KAMPAGNE

UNTERSCHRIEBEN



JULIAN GRABLER (14)
Augsburg / Bayern

Ich denke, dass es nicht nur die Erwachsenen etwas angeht, welche Partei gerade an der Macht ist! In der Familienpolitik und in schulischen Angelegenheiten zum Beispiel finde ich es mehr als angebracht, auch die Stimme Minderjähriger einzubeziehen!



MARIANNE SEIDLER (15)
Berlin

Ich denke zwar nicht, dass man allein mit Wahlen zur Zeit viel bewegen kann, doch ein Wahlrecht ab Null wäre ein Schritt in Richtung Gleichberechtigung von Kindern und Erwachsenen. Ich hoffe, dass dann endlich eine Diskussion über BE- statt ERziehung und über Menschenrechte in Schule in Gang kommt.



WIENKE LINDEMANN (16)
Westerdeichstrich / SH

Meiner Meinung nach wird zu wenig Wert auf die politischen Ansichten der Jugendlichen gelegt. Um das zu ändern habe ich hier unterschrieben.

WARUM WÄHLEN WIR EIGENTLICH?

► Dass Wahlen zur Demokratie gehören, ist bekannt. Es ist so bekannt, dass manche gar nicht wissen, warum das so ist. Das ist meistens auch egal. Wichtig wird der Zusammenhang von Demokratie und Wahlen aber bei der Frage, auf die die Kampagne ICH WILL WÄHLEN zielt: Wer darf an Wahlen teilnehmen und wer nicht?

In Artikel 20 des Grundgesetzes (GG) heisst es "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus". Das ist der demokratische Grundsatz schlechthin. Die spannende Frage ist dabei: Wie geht das von statten, dass vom Volk die Staatsgewalt "ausgeht"? In der Bundesrepublik scheint es oft so, als seien die Wahlen zu Bundestag, Landtag und Kommunalvertretungen die einzige Art und Weise, wie die Staatsgewalt vom Volk ausgehen könne. Das heisst, Demokratie bestünde schlechthin nur darin, ab und an zu wählen. Das legt nahe zu denken: Demokratie = Personen wählen. Und wenn man dann wissen will, was zu Wahlen im Grundgesetz steht, liest man: "Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat" (Artikel 38 Abs.2 GG). Weitere Fragen stellen sich dann nicht.

Aber: Die Sache sieht anders aus, wenn man sich überlegt, was genau Wahlen mit Demokratie zu tun haben. Dafür müssen wir zum demokratischen Grundsatz zurückkehren: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." - Warum ist das eigentlich der demokratische Grundsatz? Das hat nicht irgendjemand mal so festgelegt, sondern das kann man begründen. Die Begründung geht so:

ALLE SOLLEN FREI SEIN

Am Anfang steht die Auffassung, dass alle Menschen frei sein sollen. Es ist nur eine andere Formulierung für diese Auffassung, wenn man sagt, jeder Mensch soll sich selbst bestimmen können. (Darin unterscheidet sich übrigens der Mensch von den Dingen: Die Dinge können sich nicht selbst bestimmen, sondern sie unterliegen Naturgesetzen.)

Wenn sich aber jeder Mensch so verhält, wie er es allein für richtig hält, dann kommt er früher oder später mit seinen Mitmenschen ins Gehege. Dieser Konflikt zwischen den Menschen muss irgendwie gelöst werden, indem der Selbstbestimmung jedes einzelnen zugunsten der Selbstbestimmung der anderen Grenzen gesetzt werden. Wenn man den Konflikt nämlich nicht löst, dann setzt sich der Stärkere durch. Das ist unerfreulich, weil sich dann nur noch der Stärkere selbst bestimmen kann, also nur noch der Stärkere frei ist, während sich die Schwächeren nach seinem Willen richten müssen. Es gibt nur eine Alternative: Alle müssen gemeinsam und gleichberechtigt mitbestimmen,

welche Grenzen die Selbstbestimmung des einzelnen hat.

Wenn man sich nicht einigen kann, muss man abstimmen, wobei jede Stimme gleichviel zählt. Es sind nur diejenige Grenzen mit der Freiheit des einzelnen vereinbar, an deren Festlegung er selbst und gleichberechtigt mit allen anderen mitgewirkt hat. Und weil die Einhaltung dieser Grenzen bisweilen mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden muss, fasst Artikel 20 diesen ganzen Gedankengang auf die Formel "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus".

Kamen bisher Wahlen vor? - Nein. Es ging um Regelungen, die die Freiheit der Menschen untereinander in einen Ausgleich bringen. Wahlen sind nichts als ein Hilfsmittel, um diese Regelungen zu treffen. Es gibt nämlich ziemlich viel zu regeln und manchmal sind die Fragen inhaltlich sehr schwierig, so dass sich nicht alle Menschen gleichermaßen damit angemessen befassen können. Darum werden Leute gewählt, denen der Erlass der konkreten Regelung vertretungsweise überlassen werden soll. Das ist bisweilen sicher vernünftig, aber man muss sich trotzdem immer vor Augen halten: Wahlen sind eine pragmatisch begründete Abweichung vom demokratischen Grundsatz, dass alle Menschen gleichberechtigt an den Regelungen, die ihre Selbstbestimmung begrenzen, selbst mitwirken sollen.

BESCHIEDENER REST
EINER FUNDAMENTALEN IDEE

Die Wahlen in der Bundesrepublik sind der bescheidene Rest der fundamentalen Idee von Selbstbestimmung, also der Idee von Freiheit der Menschen in ihrem Zusammenleben untereinander. Das bedeutet: Wer von den Wahlen ausgeschlossen ist, ist von diesem Rest ausgeschlossen. Wer nicht wählen darf, ist im Verhältnis zu allen anderen, die wählen dürfen, selbst dieser bescheidenen Freiheit beraubt.

Darum ist das Recht zu wählen hierzulande das fundamentale Recht schlechthin. Es ist das Eine, dass diese bescheidene Freiheit für alle z.B. durch Volksabstimmungen erweitert werden muss. Aber es ist das Andere und Skandalösere, dass einigen sogar dieses fundamentale Recht verweigert wird.



Florian Rödl (29)
studierte Rechtswissenschaft und Philosophie.
Zwei Jahre gehörte er dem Bundesvorstand von
JugenddemokratInnen/Junge Linke an

ARGUMENTIERT

DER GEDANKE ZUR
GLEICHBERECHTIGUNG

Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Dieser Grundsatz soll die Unterschiede zwischen den Menschen nicht auslöschen, sondern schützen. Obwohl die Menschen unterschiedlich sind, sind sie gleichberechtigt. Und weil die Menschen unterschiedlich sind, sind sie gleichberechtigt (...). In Gesellschaften, die die Menschenrechte ernst nehmen, soll sich kein Mensch minderwertig fühlen müssen. Die Subjektivität, die Würde jedes Menschen soll anerkannt, geachtet und geschützt sein. Weil in dieser Hinsicht die Gleichheit der Menschen gelten soll, ergibt sich daraus die Gleichberechtigung aller Menschen. Dabei spielt die Leistungsfähigkeit des Körpers und des Verstandes (auch etwa des Geldbeutels) keine Rolle.

„Die Erwachsenen müssen Kinder so behandeln, wie sie es selbst in ihrer Kindheit gerne gehabt hätten: als vollwertige Menschen mit eigenen Wünschen, Bedürfnissen und auch eigenen Rechten. Der Staat kann eine solche Einstellung nicht erzwingen, sondern nur die Voraussetzungen dafür schaffen.“

„Man wußte nicht, ob man lachen oder weinen sollte, als Franz Alt in "Report" eine Begegnung von Sicherheitsexperten aus Politik, Wissenschaft und Kirche präsentierte. Staunen und sich über alle Maßen freuen konnte man sich über die Klugheit, ja Weisheit der 6- bis 10jährigen Jungen und Mädchen, über ihre ins Schwarze treffenden Fragen und Feststellungen, die ebenso echtes, unverbildetes Empfinden wie frappierendes Informiertsein verrieten.“

„Erst nachdem die Frauen und die Farbigen laut genug geschrien hatten, wurde ihnen endlich der Status von Unterdrückten zuerkannt. An die Kinder denkt dabei bisher noch niemand, denn sie schweigen still. Von allen Unterdrückten, die der Sprache mächtig sind, haben die Kinder am wenigsten zu sagen. Die Schreie und Wutanfälle, die aus dieser Bevölkerungsgruppe zu vernehmen sind, werden nicht als Protest verstanden, sondern als naturgegebene Tatsache. Kinder schreien eben. Aber kein Lebewesen schreit ohne Grund.“

Demokratie als Auftrag
Broschüre der Bundesregierung, Mai 1979

Frankfurter Rundschau
vom 31. Juli 1986

Christiane Rochefort (1999)
Kinder unserer Zeit. Suhrkamp/Ffm

WAHLRECHT OHNE ALTERSGRENZE

► Häufig gestellte Fragen und Antworten der KinderRÄchTsZÄnker, die zwischen 1995 und 2000 das Wahlrecht für Unter18jährige vor Gericht einzuklagen versuchten

ARGUMENTIERT

WIDERSPRUCH IM GRUNDGESETZ?

Das Wahlrecht ergibt sich in Deutschland aus Artikel 20 des Grundgesetzes (GG): Art. 20 (1) Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.

Der Artikel 20 ist eine "Staatsfundamentalnorm". Das ergibt sich aus Art. 79 (3): "Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig." Demgegenüber ist der Art. 38 (2) keine Staatsfundamentalnorm: „Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.“

Das politische Grundrecht nach Artikel 20 wird durch Art. 38 (2) vorenthalten. Einige Verfassungsrechtler (z.B. Roman Herzog, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts) sind der Ansicht, daß Artikel 20 aufgrund seines "Ewigkeitswerts" eine Staatsfundamentalnorm und deshalb höher zu bewerten ist.

GEKLAGT

K.R.Ä.T.Z.Ä. VOR GERICHT

Von 1995 bis 2000 klagten die KinderRÄchTsZÄnker (K.R.Ä.T.Z.Ä.) vor Gericht gegen die Altersgrenze beim Wahlrecht. Einzelne Mitstreiter der Gruppe forderten zweimal vor dem Bundesverfassungsgericht und einmal vor dem Berliner Verwaltungsgericht ihr Wahlrecht ein. Am Ende verwarf das Bundesverfassungsgericht im November 2000 die Beschwerde gegen die Wahlaltersgrenze als "unbegründet".

Die zwei Argumente des obersten deutschen Gerichts sind, daß es (1) schon immer eine Altersgrenze gegeben habe und (2) Verfassungsprinzipien (in diesem Fall: "Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus") sich nicht rein verwirklichen lassen. Ausnahmen sind solange zulässig, sofern sie auf das "unvermeidbare Minimum beschränkt" sind, womit in unserem Fall also die Altersgrenze von 18 Jahren gemeint ist.

Mit diesem Urteil war der Rechtsweg in Deutschland zu Ende.

Warum habt Ihr Euer Wahlrecht eingeklagt?

Unserer Meinung nach, gibt es keinen Grund, Kinder und Jugendliche vom Wahlrecht auszuschließen. Das Recht auf politische Mitbestimmung ist ein demokratisches Menschenrecht. In einer Demokratie muss gelten, dass alle Menschen, die von Zustandekommen dieser Entscheidungen beteiligen können, und das geschieht hierzulande durch Wählen.

Zur Zeit werden die Interessen von jungen Menschen in der Politik nur unzureichend berücksichtigt. Dies wird sich erst ändern, wenn Kinder und Jugendliche das Wahlrecht haben. Schließlich wollen alle Parteien auch von den Kindern und Jugendlichen, die dann 20% Wählerpotential darstellen, gewählt werden. Wir gehen davon aus, dass dann alle Parteien kinderrechtliche Forderungen in ihre Programme aufnehmen werden.

Außerdem wollen wir auf die auch in anderen Bereichen schlechte Rechtsstellung von Kindern hinweisen.

Ab wann soll man wählen dürfen?

Unsere Forderung ist das Wahlrecht ohne Altersbeschränkung. Das heißt: Jeder, der will, soll wählen dürfen. Genau wie es keine gesetzliche Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, des Geschlechts, der Religion oder wegen Behinderungen gibt, sollte es auch keine aufgrund des Alters geben. Demokratie bedeutet, dass keiner ausgegrenzt wird: Ein Mensch - eine Stimme. Im Gesetz ist deshalb die "Allgemeinheit" der Wahlen festgeschrieben worden.

Sollen dann auch Säuglinge an die Urne gehen? Das geht doch nicht.

Wir werden immer wieder, manchmal spöttisch, auf diesen Punkt angesprochen. Vermutlich werden die meisten kleinen Kinder nicht wählen gehen. Es handelt sich um ein Recht und nicht um eine Verpflichtung. Und auch die Unfähigkeit eines Menschen, zur Wahl zu gehen, darf - egal wie alt er ist - nicht dazu führen, daß man ihm das Recht dazu auch noch wegnimmt. Eine neue Altersgrenze bei zum Beispiel 5 Jahren könnte nicht prinzipiell begründet werden und bliebe undemokratisch.

Wollen Kinder überhaupt wählen?

Darum geht es nicht. Soll man etwa das Demonstrationsrecht abschaffen, weil die meisten Menschen nie an einer Demonstration teilnehmen? Auch Frauen wollten mehrheitlich nicht wählen, als das Frauenwahlrecht eingeführt wurde. Wahlrecht heißt ja nur, dass man wählen darf. Ob man dann tatsächlich an der Wahl teilnimmt, ist einem freigestellt.

Meint Ihr nicht, dass Kinder viel zu leicht zu beeinflussen sind?

Alle Menschen beeinflussen sich ständig. Und in dem Sinn ist es wichtig, dass Kinder und alle anderen Menschen beeinflussbar sind, denn sonst wären Wahlen, oder zumindest Wahlkämpfe völlig überflüssig. Natürlich besteht die Gefahr, dass man absichtlich falsch informiert wird. Auch alten Menschen, die vielleicht schon senil geworden sind, kann dies leicht passieren; deswegen wird ihnen aber nicht das Wahl-

recht entzogen. Wahrscheinlich sind Kinder sogar durchschnittlich in erhöhtem Maße beeinflussbar und leichter manipulierbar als erwachsene Menschen. Das liegt u.a. auch daran, dass viele sich vorher nur sehr wenig politische Gedanken gemacht haben. Warum auch? Sie hatten ja bisher keinen Grund dazu, da sie sowieso nicht gefragt wurden.

Jedenfalls wird es den Parteien nicht so leicht gelingen, Kinder mehr zu belügen als Erwachsene, weil diese Lügen von der Gegenpartei aufgedeckt werden und damit für die Lügnerpartei zu Stimmenverlust führen. In dem Zusammenhang fällt uns immer das Märchen "Des Kaisers neue Kleider" ein, in dem erst ein Kind der ganzen Verlogenheit ein Ende gemacht hat. Die Erwachsenen mit ihrer ganzen Lebenserfahrung haben sich von dem Lügner "beeinflussen" lassen...

Gegebenenfalls müsste der Wahlkampf reguliert werden, statt Kindern das Wahlrecht wegzunehmen.

Durch Wahlen ändert sich doch sowieso nichts - wird häufig gesagt.

Erstens wäre selbst dies kein Grund, Kinder auszuschließen. Und zweitens gehen wir davon aus, dass sich die Parteiprogramme im Sinne der Kinder ändern würden, auch bei gleichbleibenden Prozentanteilen der verschiedenen Parteien.

Glaubt Ihr denn, dass sich durch das Kinderwahlrecht viel verbessern wird?

Das ist uns eigentlich die wichtigste Frage, weil das Kinderwahlrecht unserer Meinung nach viele positive Auswirkungen hat. Da wäre das Selbstbewusstsein der Menschen unter 18, das natürlich steigen würde. Viele Erwachsene würden junge Menschen mit ganz anderen Augen sehen. Plötzlich haben die Ansichten der Kinder einen viel höheren Wert. Vor allem die Folgen der jetzigen politischen Entscheidungen, die erst in vielen Jahren wirksam werden, würden mehr beachtet werden. Eigenschaften, die mit dem Alter eher nachlassen, würden durch die von uns angestrebte Änderung des Wahlrechts eine größere Rolle spielen: Neugierde, Offenheit, Gerechtigkeitssinn, Phantasie, Zärtlichkeit, Lebensfreude, Kreativität, Verletzbarkeit... Durch das Ernstnehmen der Forderungen von Kindern und Jugendlichen, was das Wahlrecht ja darstellt, würden sich auch erwachsene Wähler beeinflussen lassen. Die Mitbestimmung junger Menschen ist nach unserer Überzeugung eine Bereicherung für jede Gesellschaft.

Weitere Fragen und Antworten:

www.kraetzae.de/2wfrag.htm

Informationen, Dokumentationen und Kommentare zum Wahlrecht ohne Altersgrenze:

www.kraetzae.de/wahl.htm

UNTERSCHRIEBEN



GEORG FRANKL (16)
Bessenbach / Bayern

Es ist unverantwortlich, dass man wegen seines Alters aus dem politischen Geschehen ausgeschlossen wird.



MATHIAS BADER (17)
Schwäbisch Gmünd / BaWü

Eine lebendige Demokratie kann es sich nicht leisten, einen wichtigen Teil ihrer Bürgerinnen und Bürger auszuschließen!

ZURÜCKGEBLICKT

WAHLALTERSGRENZEN

Das Wahlalter von 18 Jahren ist keine Naturkonstante. Zu anderen Zeiten und an anderen Orten haben für das Wahlrecht auch schon andere Altersgrenzen gegolten. Im Preußen lag das Wahlalter von 1849 bis 1918 bei 24 Jahren; bei den Reichstagswahlen im Norddeutschen Bund (1867-1871) und im darauffolgenden Kaiserreich (1871-1918) betrug es 25 Jahre. Als 1918 die Republik ausgerufen wurde, durften erstmals Frauen und Jugendliche ab 20 Jahren wählen. Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde das Wahlalter auf 21 Jahre angehoben, und schließlich 1972 auf 18 Jahre gesenkt. Das Alter für die Volljährigkeit lag übrigens bis 1975 weiterhin bei 21 Jahren, so daß zeitweise Minderjährige zum Bundestag wahlberechtigt waren. Im Jahr 1996 senkte die rot-grüne Landesregierung von Niedersachsen das Wahlalter für Kommunalwahlen auf 16 Jahre. Es folgten Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. Auch in Hessen war das Wahlalter 1998 auf 16 Jahre gesenkt worden, die CDU-FDP-Regierung von Roland Koch hob es jedoch wieder auf 18 Jahre an.

Auf internationaler Ebene herrscht überwiegend (und in Europa fast ausschließlich) Wahlalter 18. Eine Reihe von afrikanischen und asiatischen Staaten hat die Grenze auf 21 bzw. 20 Jahre festgelegt. Als erstes Land senkte 1988 Brasilien das Wahlalter auf 16 Jahre, auch in Nicaragua liegt es bei 16, in Indonesien und den Seychellen bei 17 Jahren.

GLEICHBERECHTIGUNG

UNTERSCHRIEBEN



THOMAS STAMMEL (17)
Obrigheim / BaWü

Viele Leute unter 18 Jahren haben genauso wie die Erwachsenen ihre eigene Meinung über Politik. Viele Erwachsene wissen auch gar nicht, was die Jugendlichen wirklich wollen, in Sachen Bildung, Gesundheit usw.



FRANZISKA GEHRKE (17)
Bremen

Solange für mich etwas entschieden wird, will ich immerhin noch mitreden und eigene Argumente bringen können.

Wahlrecht für Kinder - Eine Streitschrift

Im demnächst erscheinenden Buch „Wahlrecht für Kinder - Eine Streitschrift“ begründet der Autor einen Vorschlag zur Änderung des Wahlrechts für Menschen unter 18 Jahren. Ein Plädoyer mit überraschenden Argumenten aus verfassungsrechtlicher, kinder- und jugendpolitischer, menschenrechtlicher, demokratietheoretischer und kinderpartizipativer Sicht. Er stellt praktische Schritte zur Umsetzung der Idee vor und geht dabei auf typische Fragen und verbreitete Vorbehalte ein.

Das Buch liefert Jugendlichen und Eltern, Lehrern, Sozialpädagogen und Sozialarbeitern, Soziologen, Journalisten, Juristen und Jugend- und Kommunalpolitikern umfassende Argumente. So können Leser/innen in den Diskussionen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen überzeugen, von unbefriedigenden Kompromissen Abstand nehmen und für Gerechtigkeit im Zusammenleben mit Kindern und Jugendlichen streiten.

Mike Weimann: **Wahlrecht für Kinder - Eine Streitschrift.**
Beltz Weinheim,
Berlin, Basel 2002.
112 Seiten. Broschiert. EUR 10,-
ISBN 3-407-56205-5

„WAHLRECHT FÜR SECHSJÄHRIGE HALTE ICH NICHT FÜR RICHTIG“

► Politiker Ströbele: Beteiligungsrechte je nach Reife von Kindern

Ich habe immer wieder betont, daß ich eine Herabsetzung des Wahlalters durchaus befürworte. Über eine Altersgrenze bei 16 oder auch 14 Jahren bin ich bereit zu diskutieren.

Allerdings halte ich ein allgemeines Wahlrecht für Kinder ohne Altersgrenze, also auch für Sechsjährige und darunter nicht für richtig.

ÜBER EINE ALTERSGRENZE BEI 16 ODER AUCH 14 JAHREN BIN ICH BEREIT ZU DISKUTIEREN

Ich bin nicht bereit zu ignorieren, daß die Menschen sich entwickeln können müssen. Selbstverständlich stehen allen Menschen,

also auch allen Kindern, grundsätzlich die Grund- und Menschenrechte zu; aber die Beteiligungsrechte können durchaus von einer Entwicklungsreife abhängig gemacht werden. Das gilt für das aktive Wahlrecht genauso wie für das passive und die Möglichkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter. Zu Recht berücksichtigen auch andere Gesetze, etwa die, die Pflichten von Menschen in der Gesellschaft festlegen, auch die noch nicht vollendete Entwicklung von Kindern entsprechend ihrem Alter. Auch daran will ich nichts ändern.

Hans-Christian Ströbele ist seit 1985 Mitglied der Partei Bündnis 90/Grüne, für die er seit 1998 wieder im Bundestag sitzt. Er ist 62 Jahre alt.



„URSOZIALISTISCHER GRUNDGEDANKE“

► Antwortpost aus einem Landesverband der Jungen Union

Vor dem Start der Kampagne und auch später haben wir bei verschiedenen Verbänden, Organisationen und Parteien angefragt, ob sie uns unterstützen möchten - so auch bei allen Landesverbänden der Jungen Union. Von einem bekamen wir folgende Antwort.

„Mitnichten werde ich diese Kampagne unterstützen, da ich keinerlei Korrelation zwischen einem Wahlalter unter 18, der konservativen Parteilinie und meinem logischen Empfinden in Sachen Kinderwahl feststellen kann. Es ist förmlich unfassbar für mich das sich jemand unter dem Deckmantel der Schülerunion* an Mitglieder der Jungen Union heranschleicht, um sie für einen ursozialistischen Grundgedanken einzugehen.“

UNTERSTÜTZEN HIESSE
MIT LOGIK BRECHEN

Es ist allseits bekannt, dass die gesamte Linke ständig versucht die am niedrigschwelligsten erreichbaren Menschen für ihre parlamentarische Legitimation einzu-

spannen sucht und damit dem Erstarren aller Linken in gewählten Parlamenten zu trachten gedenkt. Damit einher gehen Themen wie Legitimation von weichen Drogen etc. die gerade Jugendliche in ihrer charakterlichen Entwicklungsphase als einen ungemein wohlgemeinten Vorschub an persönlicher Freiheit verstehen. Leider bin ich nicht bereit, das Schicksal dieses Landes in die Mitspracherechte von Menschen zu legen, die mit ihrer punktuellen Erfahrung und ihrer Rechtsfähigkeit einer derartigen Verantwortung wie dem Wahlrecht kaum gerecht werden und leider nur allzuoft Raum für Radikalismus in jeder politischen Ausrichtung bieten, als auch Flüchtigkeit in Handeln und Denken zu bieten haben. Keineswegs entsage ich der Diskussion über dieses Thema, jedoch sie zu unterstützen hieße mit Logik brechen.“

** hier handelt es sich wahrscheinlich um ein Missverständnis. Wir haben die Junge Union wie auch die Schülerunion per E-Mail über die Kampagne ICH WILL WÄHLEN informiert.*



DEINE STIMME ZÄHLT - NUR WENN DU EINE HAST

FÜR ALTERSGRENZE

DAS KIND IST EIN NOCH-NICHT

► Kinder werden ihre Rechte einfordern und die Position der Erwachsenen werde sich als so schwach erweisen, dass sie aufgegeben wird. Aber die Mitbestimmung von Kindern kann das politische System nicht retten, nur gerechter machen, meint Philosoph Hans Saner.

Wie bist du als Philosoph auf das Thema Wahlalter gekommen?

Seit Anfang der siebziger Jahre habe ich über die Rechte der Kinder nachgedacht. Ich bin ausgegangen von der philosophischen Bedeutung der Geburt, der frühkindlichen Spontaneität und von den Mechanismen ihrer gesellschaftlichen Eindämmung und Abtötung durch unser Schulsystem.

SOZIALISATION DER KINDER
BERUHT AUF IHRER ENTRECHTUNG

Immer klarer ist mir dabei zu Bewusstsein gekommen, dass die ganze Sozialisation der Kinder auf der Schiene ihrer Entrechtung läuft. Hier wurde mir der Gedanke der Menschenrechte wichtig. Wenn es überhaupt Menschenrechte gibt, dann müssten es Rechte sein, die allen Menschen zukommen und nicht bloss bestimmten Lebensaltern. Da die Mitbestimmung eines der grundlegenden Menschenrechte ist, zog ich die Konsequenz: Mitbestimmungsalter Null (...) In der politischen Mitbestimmung genügt das Wahlrecht nicht, sondern es geht um direkte Mitbestimmungsrechte auch noch, nämlich um das Referendums- und das Initiativrecht sowie um das Abstimmungsrecht in einem weiten Sinn.

Was würde sich Deiner Meinung nach ohne eine Wahlaltersgrenze in Gesellschaft und Politik verändern?

Die Macht der Kinder müsste ernst genommen werden. Die Kinder bekämen eine

Lobby unter den Politiker/Innen. Die diskriminierenden Momente in der Gesetzgebung würden verschwinden. Man lernt nicht durch Abstinenz, sondern durch Übung.

In einem Interview sagst Du, dass das 21. Jahrhundert die Emanzipation des Kindes hervorbringen wird. Denkst Du, dass es zur Gleichberechtigung zwischen Kindern und Erwachsenen kommen wird?

Die Unterdrückung wird bereits beim Namen genannt, und eine Theorie der Befreiung ist im Entstehen begriffen. Ich zweifle nicht daran, dass die Kinder bald ihre Rechte auch einfordern werden. Die alte Position der Erwachsenen aber wird sich argumentativ und menschenrechtlich als so schwach erweisen, dass sie aufgegeben wird.

Siehst du irgendwelche Gründe, warum Diskriminierung aufgrund des Alters - anders als aufgrund des Geschlechts oder einer Behinderung - noch in keinem Gesetz verboten wurde?

Der Hauptgrund liegt in der negativen Definition des Kindes: das Kind wurde in allen Kulturen als ein Noch-Nicht verstanden. Es ist noch nicht reif, noch nicht vernünftig, noch nicht verantwortungsfähig usw. Die Definitionsmacht lag allein bei den Erwachsenen, die sich selber und nur sich für reif, verantwortungsfähig usw. hielten. Sobald die negative Definition durch eine menschenrechtliche ersetzt wird, verliert die

Diskriminierung auch jeden Schein einer Legitimation.

Wie erklärst Du Dir, dass viele Unter18jährige gar nicht wählen wollen?

Ich komme aus einem Land, in dem auch die Mehrheit der Über18jährigen nicht wählen geht. Das freiwillige Nicht-Gehen ist rechtlich weniger schlimm, als das erzwungene. Im übrigen haben wir die Kinder zur politischen Abstinenz trainiert.

Viele lehnen unser politisches System gänzlich ab und wollen sich nicht von anderen vertreten lassen. Warum also ein Wahlrecht?

Es gibt viele Gründe, ein politisches System abzulehnen, in dem man nur seine Vertreter/Innen wählen kann, die übrigens von den Parteien auch vorgewählt sind. Ich kann die Ablehnung durchaus verstehen. Es gibt aber auch Gründe, das Repräsentations-System für gut zu halten. Repräsentations-Systeme arbeiten in der Regel effizienter und oft mit größerer Kompetenz als direktere Formen der Demokratie. Trotzdem scheint mir, die Europäische Union sollte durch eine direktdemokratische Öffnung die Mitbestimmung für junge Menschen attraktiver machen.

Kannst du die Angst verstehen, dass maßlose Werbung und Konsum, die sich gerade auch eine Politik zu Nutzen macht, viele Jungwähler verblöden lässt, so dass ihr Engage-



Dr. Hans Saner studierte u.a. Philosophie, Psychologie in Lausanne und Basel. 1962-69 war er Privatassistent von Karl Jaspers. Er arbeitet überwiegend als freischaffender Philosoph und hat zahlreiche Bücher verfasst. Er ist 67 Jahre alt.

ment in politische Fragen gar nicht erst aufkommt?

Nein, das kann ich nicht verstehen. Denn das trifft Jungwähler nicht mehr als Altwähler.

Kann wirkliche Mitbestimmung von Kindern helfen, dass Politik wieder vom Bürger ausgeht und eigentlich von ihm gemacht wird?

Die Mitbestimmung der Kinder soll dazu beitragen, dass niemand mehr von der Mitbestimmung ausgeschlossen wird. Das soziale und ökologische Engagement wird wahrscheinlich zunehmen. Aber die Kinder sind eine Minderzahl. Sie können das politische System nicht retten, aber ein bisschen gerechter machen.

► Saner, Hans:
Geburt und Phantasie.
Von der natürlichen
Dissidenz des Kindes.
Basel 1979, 3. Aufl. 1995

MENSCHENRECHTE NACH ALTER?

► Im Jahr 1948 verabschiedete die UNO die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Dazu gehören nicht nur das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, sondern z.B. auch der Schutz der Privatsphäre, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit etc. Zum 50. Jahrestag, im Dezember 1998, veröffentlichten die KinderRÄchTsZÄnker (K.R.Ä.T.Z.Ä.) ihren Menschenrechtsreport „Die Diskriminierung des Kindes“, aus dem wir hier einen Auszug abdrucken.

Kinder sind zweifelsfrei Menschen. Deshalb haben auch sie eine unantastbare Menschenwürde - die gleiche unantastbare Menschenwürde wie alle erwachsenen Menschen. Eine Unterschiedlichkeit ihrer Menschenwürde wäre schlicht unbegründbar. Sonst müßten wahrscheinlich auch Frauen und Männer eine unterschiedliche Menschenwürde haben, kluge und weniger kluge, behinderte und nicht behinderte, arme und reiche, und überhaupt alle Menschen müßten unterschiedliche Menschenwürden haben. Das wäre natürlich Unsinn. Alle Menschen haben die gleiche Menschenwürde. Und allgemein werden die Menschenrechte aus dieser Menschenwürde hergeleitet. Da alle Menschen in ihrer Menschenwürde gleich sind, wäre es sehr unlogisch, wenn einige Menschen weniger Menschenrechte hätten als andere. Deshalb haben alle die gleichen Menschenrechte - auch Kinder.

Es ist grundsätzlich ungerecht, Menschen aufgrund einer Eigenschaft zu diskriminieren, für die sie nichts können. Nicht nur

Geschlecht, Hautfarbe, Behinderung und Staatsangehörigkeit sind solche Eigenschaften, sondern auch das Alter eines Menschen. Einen Menschen aufgrund seines Alters rechtlich zu benachteiligen, ist kein bißchen besser, als ihn aufgrund seiner Hautfarbe zu diskriminieren.

RECHT UNGLEICH TÄTIGKEIT

Daß Kinder im allgemeinen weniger Fähigkeiten haben als Erwachsene, kann in keinem Fall ein Argument sein, um Kindern Rechte vorzuenthalten. Es ist wichtig, sich klar zu machen, daß ein Recht und eine Tätigkeit nicht das selbe sind. Ein (Menschen-)Recht zu haben, heißt, daß man an einer Handlung nicht gehindert werden darf. Es heißt nicht, daß man die Handlung jemals begehen muß. Es heißt nicht mal, daß man körperlich und geistig dazu überhaupt fähig sein muß. Das Recht auf freie Meinungsäußerung beispielsweise verpflichtet niemanden, sich zu einer Thematik zu äußern; es stellt nur klar, daß niemand daran gehindert werden darf (...)

Der Grundgedanke der Menschenrechte ist der Schutz Schwächerer. (...) Der Schwächere bekam ein Recht, d. h. er durfte bestimmte Handlungen begehen. Daran durfte ihn keiner hindern, also auch der Starke nicht. Natürlich durfte auch der Starke nicht unterdrückt werden. Also bekam auch er das Recht, das der Schwache bekommen hatte. Keiner von beiden mußte nun mehr befürchten, vom anderen unterdrückt zu werden. (...) Selbstbestimmung in Bereichen, die nur den Einzelnen angehen und Mitbestimmung in Bereichen, die alle angehen. Das sind die Grundprinzipien von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie.

SCHUTZ DURCH WENIGER RECHTE?

Schutz darf grundsätzlich nie bedeuten, daß die Rechte der zu schützenden Person eingeschränkt werden. Gegebenenfalls ist sie von einigen Pflichten zu entbinden, oder erhält in einzelnen Situationen zusätzliche Rechte aufgrund ihrer verminderten Fähigkeiten. Rollstuhlfahrer z.B., die ja in ihrer

Fähigkeit sich fortzubewegen eingeschränkt sind, wird nicht etwa das Autofahren verboten, sondern ihnen wird dabei geholfen. (...) Für Kinder und Jugendliche muß das selbe gelten.

Das jetzige Prinzip, Kindern mit zunehmendem Alter mehr Rechte zu geben, ist völlig falsch, weil so die Rechte nur denen gegeben werden, die ohnehin schon "stark" sind, sie aber denen vorenthalten werden, die "schwach" sind und sie daher am dringendsten brauchen. (...) Die Gleichberechtigung wirklich aller Menschen wird sicher nicht sämtliche Probleme der Menschheit lösen. Aber nach der - zumindest gesetzlichen - Gleichberechtigung der Frauen, der Schwarzen und der Menschen mit Behinderung wäre die Gleichberechtigung der Kinder ein logischer, konsequenter und dringend gebotener Schritt.

► K.R.Ä.T.Z.Ä.-
Menschenrechtsreport
www.kraetzae.de/report.htm

UNTERSTÜTZT

Folgende Organisationen unterstützen die Kampagne ICH WILL WÄHLEN:

- ▶ BundeschülerInnenvertretung
- ▶ Deutsche Jugendpresse
- ▶ K.R.Ä.T.Z.Ä.
- ▶ Grüne Jugend Bundesvorstand
- ▶ Die Jungen Ökologen
- ▶ [solid] Bundesgeschäftsstelle Berlin
- ▶ JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin
- ▶ Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
- ▶ LSV Hessen
- ▶ LSV Rheinland-Pfalz
- ▶ LSR Sachsen
- ▶ Stadtschülerrat Dresden
- ▶ BSA Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg
- ▶ Jugendpartei jetztWIR
- ▶ Berliner Landesarbeitsgemeinschaft für die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen (AG nach § 78 Kinder- und Jugendhilfegesetz)
- ▶ ABA-Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen e.V.
- ▶ Kinderring Berlin
- ▶ Jugendinitiative „Freispruch“ Neubrandenburg
- ▶ Kinder- und Jugendparlament Neubrandenburg
- ▶ Junge Grüne Nordfriesland
- ▶ Grüne Jugend Berlin
- ▶ Grüne Jugend Hessen
- ▶ Grüne Jugend NRW
- ▶ Grüne Jugend Bremen
- ▶ Junge Liberale Emsland
- ▶ Jusos Schleswig-Holstein
- ▶ Juso-Unterbezirk Göttingen
- ▶ [solid] Niedersachsen
- ▶ [solid] Thüringen
- ▶ Jugend Grenzenlos e.V. Saarland

JUGENDLICHE SIND BÜRGER ERSTER KLASSE!

▶ Warum die Grüne Jugend NRW die Kampagne ICH WILL WÄHLEN unterstützt

Zu einer Stärkung der Rechte junger Menschen gehört eben auch die Herabsetzung des Wahlalters. Nicht nur, weil die Grenze von 18 Jahren eine Vielzahl Jugendlicher automatisch ausschließt, und das in einer Phase, in der sie sich von schulischer Seite her viel intensiver mit dem Thema Politik beschäftigen, als ein sehr großer Teil der Erwachsenen. Sondern vor allem, weil Kinder und Jugendliche eine viel stärkere Lobby in den Parlamenten brauchen, denn ihre Interessen stehen heute noch viel zu selten an erster Stelle - eben weil sie nicht wählen können und daher für die nach Macht und Wählerstimmen strebenden Politiker uninteressant sind.

ZWEITEILUNG DES VOLKES

Diese Zweiteilung des Volkes in einen wahlberechtigten Teil mit traditionell kurzfristigen Interessen und einem nicht wahlberechtigten Teil mit traditionell langfristigen Interessen ist ein Skandal für eine Demokratie, die ihren jungen Bürgerinnen und Bürgern eigentlich viel mehr vertrauen und vor allem zutrauen sollte!

ENTSCHEIDENDE WEICHENSTELLUNGEN

Auch Unter18jährige sind Bürgerinnen und Bürger erster Klasse! Die entscheidenden Weichenstellungen in der Familien-, Jugend- und Bildungspolitik, beim Thema Wehr- und Zivildienst oder natürlich auch bei den Auswirkungen der heutigen Umweltschutz-, Sozial- und Friedenspolitik geschehen aber, ohne dass Vertreter der Jugend überhaupt gehört werden, geschweige denn sich beteiligen können.

Wir von der GRÜNEN JUGEND NRW unterstützen daher die Kampagne ICH WILL WÄHLEN.

Auf grüne Politik geht bereits die Herabsetzung der Wahlaltersgrenze bei den Kommunalwahlen in einigen Bundesländern wie NRW und Niedersachsen zurück.

Denn grüne Politik bedeutet mehr Demokratie, Stärkung der Kinder- und Jugendrechte und damit mehr politische Beteiligung! Eine lebendige Demokratie kann es sich nicht leisten, einen wichtigen Teil ihrer Bürgerinnen und Bürger auszuschließen!



Sven Lehmann ist Mitglied im Landesvorstand der Grünen Jugend Nordrhein-Westfalen. Er ist 22 Jahre alt.

▶ Grüne Jugend NRW
www.gruene-jugend-nrw.de

„WENN WAHLEN ETWAS ÄNDERN WÜRDEN, WÄREN SIE VERBOTEN!“

▶ Wie kann man eine überaus kritische Einstellung gegenüber dem Staat mit der Forderung nach Mitbestimmung in Einklang bringen?

Wenn mensch für das Wahlrecht einer benachteiligten Gruppe kämpft, wird mensch gelegentlich mit der Auffassung konfrontiert, dass die Wahlveranstaltung eine einzige Volksversammlung sei. Diese Ansicht deutet auf ein sehr geringes Ansehen der Funktionsweise des Staates bei der Bevölkerung hin; von Ignoranz bis zu einer gezielten Herrschaftspolitik gegen die eigene Bevölkerung wird dem Staat vieles vorgeworfen. Das mag mehrere Ursachen haben, die Folge ist meistens der Wunsch nach einer freieren Gesellschaft und mehr Eigenverantwortlichkeit oder auch die eher rechtspopulistische Forderung nach einer "starken Hand", die uns führen sollte. Doch bedeuten Fehler im System, dass dieses absolut unbrauchbar sei? Wahlen und Abstimmungen sind doch prinzipiell gut; wer möchte nicht die Qual der Wahl haben?

STÄRKUNG DES SELBSTBEWUSSTSEINS DER KINDER

Überlegen wir mal, was passieren würde, wenn Kinder das Recht auf Mitbestimmung rein formell erstmal hätten: Das Selbstbewusstsein der jungen Leute als gestaltende Subjekte wird stärker, sie beginnen, sich als politische Wesen wahrzunehmen und sensibler auf ihre Rechte achten. Es entwickeln sich eigene Formen und Ausdrucksmittel der Jugendlichen, mit Politik umzugehen. Kinder und Jugendliche könn-

ten auch außerhalb der Bundestagspolitik als vollwertige Mitglieder an Initiativen mitwirken und sich einbringen (Familie, Schule, Kiezgestaltung etc.), auch weil die Politiker die Stimme der jungen Menschen nicht verlieren wollen. Und es würde ein breiter Diskussionsprozess über die Rechte von Kindern und über Gleichberechtigung zwischen Kindern und Erwachsenen losgetreten werden und Auswirkungen auf sämtliche Bereiche haben: Schule, damit verbunden auch Arbeitswelt, Jugendschutz, Wehrpflicht, Erziehung. Der gesellschaftlichen Debatte über die Beziehung der Generationen würden neue Anreize gegeben. Wenn das System also demokratischer werden würde, könnten Kinder letztendlich ebenfalls dran teilhaben.

WAHLVERWEIGERUNG

Von manchen Menschen kommt gelegentlich der Einwand, dass die Wahlbeteiligung der Kinder Entscheidungen, mit denen sie nicht einverstanden sind, zusätzlich legitimieren würden. Das stimmt, aber das ist ebenfalls bei der Erwachsenenwahlbeteiligung so. Selbst wer die Wahlen in unserem Parlamentarischen System ablehnt und zu deren Boykott aufrufen möchte, sollte sich Gedanken über die Wahlberechtigung von Unter18jährigen machen. Denn wer kein Wahlrecht hat, könnte auch an einem Boykott nicht teilnehmen.

Ich halte es für fatal, Leuten Rechte vorzuenthalten, die sie in einer demokratischen Gesellschaft auch haben müssten. Beteiligung ist in der Politik und vor allem in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig für eine Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Die Aufhebung der Altersgrenzen wäre ein Beweis für eine Anerkennung der Würde des Kindes. Ohne dieses Anerkennung wird es das Wahlrecht für Kinder wohl kaum geben. Allerdings ist die Bevölkerung dieses Landes noch ein gutes Stück von eben dieser Anerkennung entfernt.



Sabine Stedinger arbeitet mit bei den KinderÄchtTsZÄnkern in Berlin. Sie ist 18 Jahre alt.

UNTERSTÜTZER

Sitz gerade

K.R.Ä.T.Z.Ä. www.artikel6.de

Sei jetzt lieb

K.R.Ä.T.Z.Ä. www.artikel6.de

Ab ins Bett

K.R.Ä.T.Z.Ä. www.artikel6.de

Schäm dich

K.R.Ä.T.Z.Ä. www.artikel6.de

Ellenbogen vom Tisch

K.R.Ä.T.Z.Ä. www.artikel6.de

Die Sprüche könnt Ihr als Aufkleber bestellen unter: www.artikel6.de

ANZEIGE

JUGEND BEWEGT

► Hier stellen wir einige Jugendorganisationen vor, die bundesweit aktiv sind, sich seit vielen Jahren für Demokratie und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen einsetzen und offen sind für weitere MitstreiterInnen.

BUNDESSCHÜLERINNEN- VERTRETUNG

Sie ist der Zusammenschluss der 16 LandesschülerInnenvertretungen der einzelnen Bundesländer. Sie vertritt die Interessen von Schülerinnen und Schülern gegenüber der Öffentlichkeit und in länderübergreifend wirkenden politischen und gesellschaftlichen Institutionen und Vereinigungen.

Dabei arbeitet die BSV eng mit vielen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen zusammen, veranstaltet Seminare und Kongresse zu Bildungs- und Gesellschaftspolitik (siehe **Anzeige zum BuschKong** unten). Sie setzt sich mit der Qualitätssicherung von Bildung und der Demokratisierung von Schule und Gesellschaft und gerade mit dem Fragen von Rechtsextremismus und Geschlechterverhältnissen auseinander.

Die BSV unterstützt die Kampagne ICH WILL WÄHLEN.

BundesschülerInnenvertretung **BSV**

► **BundesschülerInnen-
vertretung** Postfach 90 04
09, 60444 Frankfurt/Main
www.bundes-sv.de

SERVICESTELLE JUGENDBETEILIGUNG

Die Mitarbeiter der Servicestelle Jugendbeteiligung sind Ansprechpartner für Projekte, die eine selbstbestimmte (Mit-)Gestaltung der Lebensräume junger Menschen ermöglichen. Als fünfköpfiges, junges Team unterstützen sie bundesweit in Anknüpfung an ihre breiten Erfahrungen in der kommunalen, landes- und bundesweiten Schüler- und Jugendarbeit und im Medienbereich Jugendliche und Erwachsene, die die effektive Beteiligung Jugendlicher an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes initiieren und umsetzen. Sie geben organisatorische und politische Hilfestellung und nehmen Vermittlungs- und Informationsaufgaben wahr.

servicestelle-
jugendbeteiligung.de

► **Servicestelle Jugend-
beteiligung** Grünberger
Straße 54, 10245 Berlin
www.jugendbeteiligung.info

JUNGDEMOKRATINNEN/ JUNGE LINKE

Die parteiunabhängige Jugendorganisation JungdemokratINNen/Junge Linke sieht in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen.

Demokratie ist die Entscheidung der Betroffenen. Da niemand ernsthaft behaupten wird, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren seien von politischen Entscheidungen nicht betroffen, kann man daraus schließen, dass eine Eingrenzung des Wahlrechts, dem demokratischen Prinzip unserer Gesellschaft, undemokratisch ist. Natürlich ist bei der politischen Willenskundgebung eine möglichst emanzipierte, selbstbestimmte Meinungsbildung wünschenswert, dies geschieht aber unabhängig vom Alter eines Menschen.

Den Meinungen von Kindern und Jugendlichen aufgrund ihres Alters verschiedene Wertigkeiten beizumessen ist autoritär und undemokratisch.

Doch nicht nur sie werden von der demokratischen Partizipation ausgeschlossen: Egal, wie lange ein Mensch in Deutschland wohnt, ohne eine deutsche Staatsbürgerschaft hat er kein politisches Mitspracherecht. Deswegen fordern JungdemokratINNen / Junge Linke die Abschaffung aller Wahlrechtseinschränkungen zu Gunsten einer demokratischeren Gesellschaft.



► **Jungdemokraten/Junge
Linke** Rosa-Luxemburg-
Str. 19, 10178 Berlin
www.jungdemokraten.de

K.R.Ä.T.Z.Ä.

Die KinderRÄchTsZÄnker (K.R.Ä.T.Z.Ä.) sind eine offene Gruppe von insbesondere jungen Menschen (14 bis 22 Jahre alt), die sich seit 1992 für die Gleichberechtigung zwischen Kindern und Erwachsenen und gegen Altersdiskriminierungen einsetzen. Im Mittelpunkt stehen die Lebensbereiche, von denen Kinder und Jugendliche unmittelbar betroffen sind. Daher geht es um Schule, Familie und das Recht auf Mitbestimmung (Wahlrecht), oder auch Jugendschutz und Kinderarbeit. In Form von Veröffentlichungen unterschiedlicher Art, Aktionen und Veranstaltungen tragen zu Diskussionen bei und erarbeiten bzw. informieren über Alternativen.

SEMINAR ZU GLEICHBERECHTIGUNG

Das nächste Wochenendseminar zur Gleichberechtigung von Kindern und Erwachsenen für alle Interessierten (besonders 13- bis 19jährige) findet vom 28. bis 30. Juni bei Berlin statt. Bei Interesse nehmt Kontakt auf.

K.R.Ä.T.Z.Ä.

► **K.R.Ä.T.Z.Ä.**
Dunckerstr. 11, 10437 Berlin
www.kraetzae.de
kraetzae@kraetzae.de

POLITIK ORANGE

Im politikorange-Netzwerk arbeiten verschiedenste von Jugendlichen selbstorganisierte Projekte und Organisationen zusammen. Das Netzwerk ist offen für weitere Organisationen, Initiativen oder Privatpersonen, wenn sie sich aktiv am Netzwerk beteiligen wollen.

Gemeinsam mit Jugendlichen sollen Mittel und Wege erarbeitet werden, um Jugendlichen mehr und effektivere Mitwirkungsmöglichkeiten an einer partnerschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft zu eröffnen. Besonderer Schwerpunkt liegt hier auf der Einbeziehung von Jugendlichen als Experten in eigener Sache.

Zum Netzwerk gehören bisher die Servicestelle Jugendbeteiligung, die BundesschülerInnenvertretung, die Deutsche Jugendpresse e.V., der Bundesverband Jugendpresse e.V. das Schülerhausaufgabenheft „Häfft“ und die KinderRÄchTsZÄnker (K.R.Ä.T.Z.Ä.).

Nur gemeinsam schaffen wir eine jugendfreundlichere Politik und Rahmenbedingungen auf verschiedenen Ebenen!

politikorange

► **politikorange-Netzwerk**
c/o Servicestelle Jugend-
beteiligung, Grünberger
Straße 54, 10245 Berlin
www.politikorange.de

UNTERSCHRIEBEN



THOMAS CLASSEN (13)
Heiligenhaus / NRW

Ich finde, dass man auch unter 18 Jahren eine Meinung hat, die bei Entscheidungen zählen sollte. Jeder hat eine Meinung und sollte auch das Recht haben, mit dieser mitbestimmen zu können.



MANUEL KUPKE (16)
Sömmerda / Thüringen

Demokratie heißt Volksherrschaft! Ich gehöre zum Volk, seit 16 Jahren schon und trotzdem darf ich nicht mitentscheiden? Ich darf nicht mitbestimmen ob die Luft, die ich atme verpestet wird. Ich kann nicht die Leute unterstützen die meine Meinung vertreten wollen. Für mich sieht das so aus, als wollte man eine neue, frische Meinung einfach nicht sehen und eine Unterstützung für Parteien, die die selbe Meinung haben, nicht gewähren.

GLOBAL VERNETZT

ASFAR - Amerikaner für eine Gesellschaft ohne Altersbeschränkungen
www.asfar.org

YouthSpeak -
Eine Stimme für die Jugend
<http://oblivion.net/youthspeak>

Lower The Vote - Wahlrechtskampagne der National Youth Rights Association (NYRA)
<http://lowerthevote.ecg.net>

Article 12
Themenseite zum Wahlalter u.a. Befragung unter Jugendlichen
http://article12.org/rights/voting_age.htm

NETZWERKE

BuschKong 2002 - mit uns bestimmt!

1 x Darmstadt • 600 SchülerInnen • 6.000 Ideen

Der bundesweite SchülerInnenkongress vom 06. bis 08. September 2002

„WENN JEMAND WILL, SOLL MAN IHN AUCH LASSEN“

► Das Wahlrecht ist nur der Anfang, damit das Rad in Gang kommt - ein Interview mit dem Kinderrechtler Johannes Heimrath

Für Dich sind Gleichwertigkeit und Selbstbestimmung zentrale Begriffe. Was soll man sich darunter vorstellen?

Als wir begonnen haben, uns für ein neues Bildungswesen politisch einzusetzen, war das kein von uns abgelöster Prozess, den man eben mal macht, weil man das theoretisch richtig findet, sondern es ist hundertprozentig aus dem gelebten Leben heraus entstanden. Tilmann war ja unser Familienmitglied, und von daher gab es überhaupt keine Theorie in der Sache, sondern es gab schlicht die unmittelbare Anschauung.

WER EINEN WERT HAT, HAT AUCH EIN RECHT.

Allein dieser Prozess, dass man erkennt, wo die Bedürfnisse des anderen sind, und dass man auch erkennt, wie man und dass man helfen kann, das setzt ja schon voraus, dass man in seinem Kosmos so etwas eingebaut hat wie unbedingte Gleichwertigkeit. Ein Recht kann nur jemand haben, der einen Wert hat.

Du hast mal gesagt, wer sich an der Gemeinschaft aktiv beteiligen will, soll sich beteiligen dürfen. Wie wichtig ist das Wahlrecht dabei?

Das ist unverzichtbar, denn wenn ich die Gesellschaft anschau, gibt es ganz eklatante Mangelerscheinungen. Und eine der Mangelerscheinungen ist, dass die Energie der jungen Leute nicht konstruktiv eingebracht werden kann. Das heisst jetzt nicht, dass ich die Jugend verkläre und sage: ‚Ach wunderbar, unsere Jugend!‘, sondern im Gegenteil. Ich denke, vieles von dem, was in der jetzigen Art, wie Jugend-„Kultur“ ist, schief geht, hängt eben gerade damit zusammen, dass Kinder und Jugendliche nicht beteiligt sind, dass sie sozusagen mit Sotun-als-ob-Manövern abgespeist werden, dass sie nicht wirklich über ihre Zukunft entscheiden können.

Es gibt einen kritischen Moment bei der Geschichte. Immer wenn man so etwas wie z.B. die Senkung des Wahlalters vorhat, dann stößt man auf einen Ist-Zustand. Und

die meisten Leute, die protestieren, können sich genauso wenig wie die, die dem Wandel entgegenstehen, von dem Ist-Zustand lösen. Wenn man so etwas vorhat, muss man bereit sein, auch mit den anderen zu fantasieren, wie es sein könnte. Und ich denke, wenn man das Rad wirklich komplett drehen möchte, dann muss sich im Zusammenhang mit der Senkung des Wahlalters natürlich auch Anderes ändern. Es muss dann auch in der Schule eine andere Art von Bildung stattfinden. Es muss viel früher darauf geachtet werden, dass Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, sich wirklich selbständig zu bilden, und nicht einfach etwas vorgesetzt bekommen. Es ist auch zwangsläufig so, dass sich im Elternhaus in den Beziehungen etwas ändern muss. Denn man kann nicht auf der einen Seite Rechte verteilen und dann weiterhin zu Hause Bevormundung zulassen.

Andererseits, wenn man nirgendwo anfängt, dann kommt dieses Rad nicht in Gang. Im Grunde ist es gleich, wo man anfängt.

Gegen das Kinderwahlrecht wird oft gesagt, dass Kinder zu „unreif“ seien und die Folgen ihres Handelns nicht erfassen können. Auch wenn Erwachsene die Folgen ihres Handelns oft nicht erfassen, ist das Grund genug, Kindern das Wahlrecht zu geben?

Was ist Kind? Wir haben mal das Experiment gemacht - zwei Jahre lang - das Wort „Kind“ nicht zu benutzen, und das war für uns sehr erhellend. Uns ist ganz klar geworden, dass es einfach verschiedene Kompetenzen gibt. Und in den Bereichen, in denen man kompetent ist, ist man immer kompetent, egal wie alt man ist oder wie „behindert“ oder auch wie „krank“. Wenn man die Kompetenz hat, will man dort auch mitmischen. Wir alle sind z.B. kompetent, als Embryo unseren eigenen Geburtsvorgang im Körper der Mutter auszulösen. Wir sind kompetent genug, um essen, gehen, sprechen und lernen zu können. Und wenn meine Kompetenz, meine Grenzen zu erkennen, nicht eingeschränkt und verzerrt wird, dann habe ich auch ein sicheres Gefühl dafür, wo ich mich selbst einbringen kann und wo ich lieber einen anderen Kompetent(er)en ranlasse.

MIT MEINUNGS-VERSCHIEDENHEITEN MÜSSEN WIR UNS AUSEINANDERSETZEN.

Von daher habe ich eine Art Leitsatz: Wenn jemand sich einbringen will, soll man ihn auch lassen. Es kann nichts schiefgehen. Es gibt diesen Grundkonsens, dass das, was wir engagiert tun, immer dem Ganzen dient. Wenn es um das Gemeinwesen geht, und jemand trägt dazu bei, dann ist er 100% von etwas getragen, was im Grunde positiv und aufbauend ist. Sein oder ihr Beitrag kann das Gegenteil von dem sein, was ich meine, aber es ist vom Impuls her nicht anders - dann müssen wir uns mit dieser Meinungsverschiedenheit eben auseinandersetzen.

Von einem Wahlrecht für Unter18jährige versprechen wir uns, dass Politiker die Interessen junger Leute stärker berücksichtigen. Was könnte sich z.B. an Schule ändern, wenn Schüler eine Stimme bekommen?

Dieser Apparat Schule ist neben Deutscher Bahn und Deutscher Post und dem Finanzamt gleichrangig auf der Ebene der trägen Organisationen in unserem Land.

DIE VERGRÖßERUNG DES RECHTLICHEN RAHMENS WIRD ZWEIFELLOS ETWAS ÄNDERN.

Dass Schule sich ändert - das ist der härteste Brocken überhaupt. Und wenn man dort etwas knacken möchte, dann kann man das fast nur durch die Vergrößerung des rechtlichen Rahmens der Kinder und Jugendlichen schaffen. Es ist ja völlig klar: Wenn ich jemanden ab 16 (oder 14) für wahlmündig erkläre, dann ist er Träger von Rechten, die er vorher nicht hatte, und das wird ihn in seinem Selbstwertgefühl und in seinem Auftreten ändern, und nur dann reagiert dieser Organismus Schule. Anders wird's nicht gehen. Deswegen denke ich, die Senkung des Wahlalters wird unzweifelhaft eine Auswirkung auf die Art haben, wie Schule bzw. das Bildungssystem generell funktioniert.

Machst Du auch die Erfahrung, dass viele Kinder und Jugendliche gar kein Interesse haben, mitbestimmen zu wollen? Woran liegt das?

Das haben wir vor 15, 20 Jahren auch schon beklagt. Wir haben gesagt: ‚Menschens-kinder! - wir machen hier Sachen, das sind doch alles Themen, die müssten doch auch von den Jugendlichen aufgegriffen und mitgetragen werden.‘ Das hängt eben, wie gesagt, mit diesem Rad zusammen, an dem viele Speichen sind, und das nur als Ganzes in Bewegung versetzt werden kann.

DIE BEREITSCHAFT, AKTIV DABEI ZU SEIN, GEHT MIT DEN ERSTEN NEGATIV-ERFAHRUNGEN VERLOREN.

Diese scheinbare Trägheit und das oft unverständliche Desinteresse, das würde ich heute anders werten: Bei Kindern und Jugendlichen ist das Interesse grundsätzlich immer da. Aber viele sind völlig frustriert, viele Interessen können sich überhaupt nicht entfalten, weil sie z.B. nicht in den Schulrahmen passen oder nur zu einem anderen Zeitpunkt in den Schulrahmen passen würden (zu früh oder zu spät). Das heisst, auf der einen Seite gibt es bereits diese Frustration durch abgewürgtes Interesse, und dann kommt dazu, dass dadurch, dass keine Mitbestimmung möglich ist, man ja praktisch nur zugucken kann, was in der äusseren Welt um einen herum veranstaltet wird. Und dass das zu einer Lähmung führt, das erfahren wir „Erwachsenen“ doch auch. Wenn ich merke, ich habe hier keine Stimme, ich komme da nicht mit oder nicht vor, dann kann ich doch nur noch mit den Schultern zucken und mich abwenden. Das machen die meisten. Und nicht zu wenige



Johannes Heimrath unterstützte Tilmann Holsten, der 1989 von einem bayrischen Amtsgericht nach mehrjährigem Prozeß von der Schulpflicht befreit worden war. 1992 brachte er im Rahmen des „Netzwerks für Kinder“ die Petition für Freiheit und Selbstbestimmung im Bildungswesen ein. Er ist 48 Jahre alt.

greifen dann zu irgendwelchen brutalen Selbstbetäubungs-Maßnahmen, die eben auch in ein mörderisches Verhalten übergehen können. Ich denke, die Lethargie vieler junger Leute oder dieses scheinbare Desinteresse oder dieses Abgetötet-Sein durch irgendwelche Ersatzmittel wie Konsum, Lärm, Computergames und Schein-Ekstasen, das sind ja direkte Folgen davon, dass ich nicht teilnehmen kann.

Jetzt habe ich schon viele Kinder aufwachsen sehen, von 0 bis 30, und muss klar sagen, es gibt da so eine magische Grenze: In dem Moment, wo diese ersten Negativ-Erfahrungen kommen: „Du kannst das nicht“, „Du darfst das (noch) nicht“, „Du bist noch nicht reif genug“ usw., erlahmt da etwas und geht die ursprüngliche und unmittelbare Bereitschaft, sich zu beteiligen, fast unwiederbringlich verloren. Dabei habe ich doch mein Leben schon vor dem ersten Atemzug in die Hand genommen, und jetzt wird es mir Stück für Stück wertloser und wertloser gemacht ... Das muss man sich dann später alles wieder erarbeiten. Viele Kinder verlieren diese grundsätzliche Bereitschaft, aktiv dabei zu sein, wenn sie die ersten größeren Zusammenhänge begreifen und sehen, dass sie darin nicht vorkommen.

Was rätst Du jungen Leuten, die sich für mehr Mitbestimmung in Schule und Gesellschaft einsetzen wollen?

Ich denke, da gibt es schon Möglichkeiten. Erstens würde ich nicht theoretisieren, sondern immer versuchen, aus der eigenen Biografie heraus zu sprechen, so dass alles wirklich mit dem gelebten Leben zusammenhängt. Das hat sich für mich als Weg gezeigt, wo man auf einer direkten Ebene miteinander kommunizieren kann. Ich kann doch in vielen Sachen einfach sagen, wie es gelaufen ist und was ich dabei gelernt habe. Es gibt auch noch andere Möglichkeiten. Man kann auch gemeinsam träumen, und es wird ganz wenige Leute geben, die sagen, sie seien mit allem, so wie es ist, völlig glücklich und zufrieden. Und wenn man das schafft, dass man sich einen Moment lang eine Auszeit nimmt für das Gespräch und einfach gemeinsam träumt, dann hört man plötzlich, wie die Leute sich alles ganz anders vorstellen, dann sind sie alle auf dem Weg zu mehr Glück, zu mehr Identität, zu mehr Gemeinsamkeit, zu mehr Wärme, zu mehr Aktivität, zu mehr Schönheit - zu all dem, und da findet man immer einen gemeinsamen Einstieg.

INTERVIEW

„Wie müßte eine Gesellschaft beschaffen sein, damit ein Mensch auch im Alter ein Mensch bleiben kann? Die Antwort ist einfach: Er muß schon immer als Mensch behandelt worden sein.“

Simone De Beauvoir

“



Unterschriften von Unter18jährigen

Anlage zur Petition „Ich will wählen“, einer Kampagne zum Wahlrecht für Unter18jährige

Vor- und Nachname	Alter	Straße und Hausnummer	Postleitzahl und Ort	Bundesland	Datum und Unterschrift



Unterschriften von Über18jährigen

Anlage für die Unterstützenden-Petition zur „Ich will wählen“-Kampagne

Vor- und Nachname	Alter	Straße und Hausnummer	Postleitzahl und Ort	Bundesland	Datum und Unterschrift

HIER BEGINNT DIE DEMOKRATIEFREIE ZONE

► Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Idee der Schüler-Mitbestimmung in Ost- und Westdeutschland und noch immer ist die Realität weit entfernt von dem, was Schüler sich wünschen.

„Sie verlassen jetzt die demokratische Zone“ stand auf einem Schild, welches vor einem typischen Schulgebäude aufgestellt worden war. Das ganze auf einem Plakat der Jusos aus den 80er Jahren, verknüpft mit der Forderung nach einer Demokratisierung der Schule. Aber was hat eine demokratische Schule mit einer undemokratischen Gesellschaft zu tun? Oder eine demokratische Gesellschaft mit einer undemokratischen Schule?

Die Idee der SchülerInnenmitbestimmung entwickelte sich in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg. Über „Schülermitverwaltung“ (auch SMV oder spöttisch Schülermilchverwaltung genannt) sollte dem Erziehungsauftrag der Schule gerecht werden, der doch mal den „mündigen und freien Bürger“, mal die „Liebe zu Vaterland und Heimat“ und in Bayern sogar die „Ehrfucht vor Gott“ als Ziel hatte. Demokratie im Kleinen, als Spielplatz, aber ohne richtige Entscheidungsbefugnisse, so war die Idee vieler Schulgesetzentwürfe der 50er Jahre.

Und auch im Osten Deutschlands: die großen Jugendorganisationen wurden aus dem Boden gestampft, um in Schule und Freizeit die sozialistischen Erziehungs Ideale in die Köpfe der Menschen zu pflanzen: bei „Wir sammeln Sekundärrohstoffe“ bis „Hefte spenden für Nicaragua“ waren die kleinen Jung- und Thälmannpioniere fleißig dabei, staatlich verordnete Solidarität zu praktizieren.

MEHR ALS NUR DIE BLUMEN DES DIREKTORS GIESSEN

Doch als dann in den 60er Jahren die Jugend anfing, gegen die verknocherten und von oben herab angeordneten Strukturen zu protestieren, da regte sich zumindestens in Westdeutschland was. SchülerInnenvertretungen und Studierendenvertretungen wurden politisiert, die SchülerInnen durften mehr als nur die Blumen des Direktors gießen, Mitbestimmungsorgane in der Schule und in Land und Bund wurden geschaffen, die dann nach dem Fall der Mau-



Karsten Wenzlaff ist 22 Jahre alt und arbeitet als Bundesgeschäftsführer der BundesschülerInnenvertretung. In seiner Zeit als Schüler war er aktiv in der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz, in der BundesschülerInnenvertretung und in der europäischen SchülerInnenvertretung OBESSU.



er auch in den ostdeutschen Schulen gebildet wurden.

In einigen Bundesländern ist die Entwicklung seitdem weit vorangedrungen: Mitwirkungsrechte sind sehr weitgehend eingerichtet worden, die Schulkonferenz mit fester Beteiligung der SchülerInnen ist in fast allen Bundesländern normal, unterschiedlich ist nur die Zusammensetzung. Mal sind LehrerInnen und SchülerInnen mit gleich vielen Stimmen vertreten, mal kommen noch die Eltern dazu.

Weit entfernt aber ist die Realität von dem, was sich viele SchülerInnen wünschen: eine Mehrheit der SchülerInnen in den Gremien, die auch der tatsächlichen Zahl der SchülerInnen an der Schule entsprechen würde, ohne Stellvertreter-Demokratie durch die Eltern. Traumhaft erscheint die Vorstellung, über Finanzen und Lehrpersonalbesetzung mitentscheiden zu können und auch im Unterricht ist die Mitgestaltung der Unterrichtsinhalte und der Lernmethoden nur Utopie. Dass es möglich ist, zeigen die skandinavischen Schulsysteme und die vielen Alternativschulen wie Summerhill und Sudbury.

ZU JUNG FÜR DIE DEMOKRATIE

Das Argument, was von Gegnern der Mitbestimmung ins Feld geführt wird, ist ebenso falsch wie kurzfristig. Die Schüler sind noch zu jung, nicht reif genug, die Lehrer wissen doch viel besser, was für die Schüler gut ist, die Eltern treten doch für die Interessen der Schüler ein, so heißt es unisono. Dass junge Menschen, wenn sie ernst genommen werden, großes Interesse an ihrer Umgebung und demokratischen Prozessen entwickeln, ist hinreichend belegt, dass der Schaden aber sehr groß wird, wenn Schüler merken, dass sie nichts zu sagen haben und sich nicht mehr mit der Schule identifizieren und gar kein Vertrauen in die Demokratie entwickeln, das merken die Gegner der Mitbestimmung nicht.

Und so ist die Parallele zu der Forderung nach dem Wahlrecht recht naheliegend: wenn junge Menschen in der Gesellschaft nicht ernst genommen werden, dann braucht die Schule auch keine echte Demokratie. Und andersherum: ohne Demo-

UNTERSCHRIEBEN



ANITA LIEBENAU (16)
Schwedt / Brbrg.

Ich will auch schon als Jugendlicher die Möglichkeit haben, wählen zu dürfen. Ich denke, dass, wenn das Wahlalter herabgesetzt wird, auch in den Schulen mehr Arbeit dafür geleistet werden wird, was man wählt. Ich meine damit, dass die Lehrer einem dann mehr als jetzt zum Überlegen bringen und nicht jeder Jugendliche, der gerade 18 geworden ist, aus einer Schnapsidee heraus entscheidet, was er wählt.



MATTHIAS EISEN (16)
Höchberg / Bayern

Als politisch hochinteressierter Jugendlicher sehe ich es nicht ein, nicht wählen zu dürfen und Leute über mir regieren zu lassen, für die ich gar nicht stimmen durfte.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Kampagne ICH WILL WÄHLEN
Dunckerstr. 11 | 10437 Berlin
Tel.: 030 | 44 797 22 Fax: -20
info@ich-will-waehlen.de
www.ich-will-waehlen.de

Autoren:
Sabine Steldinger, Karsten Wenzlaff, Martin Wilke, Florian Rödl, Sven Lehmann, Hans-Christian Ströbele

Layout:
Georg Jähnig, Christoph Klein

Redaktion: Sabine Steldinger, Nora Otte, Hanna und Sarah Lück, Martin Wilke, Christoph Klein (V.i.S.d.P.)

Redaktionsschluß: Mai 2002

Auflage: 25.000



Wir danken dem Deutschen Kinderhilfswerk für die finanzielle Unterstützung

„**Jeder Mensch hat das Recht, an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen.**“

Art. 21 der UN-Menschenrechtserklärung“

DER PETITIONSTEXT

► Diesen unterschreiben die Unter18jährigen

Ich bin unter 18 – und ich will wählen. Wie jeder Mensch, der in diesem Land lebt, bin auch ich von politischen Entscheidungen betroffen: In der Gegenwart vor allem von Kinder-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik; und langfristig z.B. von den Auswirkungen heutiger Staatsverschuldung, Umwelt- oder Rentenpolitik.

Andere Politikbereiche wie Fragen von Krieg und Frieden, Sozial- und Wirtschaftspolitik oder der Umgang mit Minderheiten gehen auch mich etwas an.

In einer parlamentarischen Demokratie werden politische Entscheidungen von Abgeordneten getroffen, die von Wahlberechtigten gewählt werden, deren Interessen sie vertreten sollen. Die Interessen der nicht wahlberechtigten Menschen werden

oftmals erkennbar vernachlässigt – obwohl die Abgeordneten eigentlich Vertreter der gesamten Bevölkerung sein sollten. Denn Politik wird hauptsächlich für die gemacht, die wählen dürfen.

Auch wenn Entscheidungen eines Tages auf Bundesebene in anderer Form z. B. durch Volksentscheide getroffen werden, möchte ich mich daran beteiligen.

Ich möchte ernstgenommen und als gleichwertiger Mensch anerkannt werden. Dafür wäre die Wahlstimme ein deutlicher Ausdruck.

Bitte schaffen Sie die rechtlichen Voraussetzungen, damit ich an Wahlen bzw. Abstimmungen – höchstpersönlich und ohne Stellvertretung durch Eltern – teilnehmen kann.



ENTSTEHUNG DES PETITIONSTEXTES AM ERSTEN TREFFEN

► ICH-WILL-WAEHLEN.DE

MACHT BEI UNS MIT!

MACHT ICH WILL WÄHLEN BEKANNT!

Die Kampagne soll bekannt gemacht werden. Dadurch befördern wir auch die Auseinandersetzung mit ihren Hintergründen und das ist ein wichtiger Zweck der Kampagne. Informiert Euch laufend unter www.ich-will-waehlen.de, tragt Euch dort in den Newsletter ein oder **empfiehlt die Seiten weiter!**

- Wir haben jetzt **viele Zeitungen, die Ihr bundeseit verteilen könnt.** Sagt, wie viele wir Euch zuschicken sollen.
- Erwähnt uns in Euren Publikationen oder auf Euren Internetseiten (**Links!**)! Veröffentlicht eigene Plakate, Postkarten, Anzeigen etc. und verwendet die Kampagnen-Banner auf Euren Internetseiten! (**Anzeigen und Banner** von uns findet ihr im Download-Bereich)
- Sprecht andere Organisationen, Einzelpersonen, **Prominente als Unterstützer** an! Gebt diese Zeitung oder die heruntergeladene Mitmach-Liste weiter, damit jeder weiss, was er tun kann!
- Wendet Euch an Journalisten!
- Benutzt Eure Verteiler und Verschickungen, packt unsere Infos (z. B. Newsletter) dazu!

► **ICH WILL WÄHLEN**
Dunckerstr. 11, 10437
Berlin, 030 / 44 797 22
www.ich-will-waehlen.de
info@ich-will-waehlen.de

SAMMELT UNTERSCHRIFTEN!

Alles was Ihr dazu braucht (Petitionstext, Unterschriftenlisten für Unter- und Über18jährige, Infoblatt, Unterstützungsmöglichkeiten) gibt es im Download-Bereich bei www.ich-will-waehlen.de

- Legt Unterschriftenlisten aus!
- Bittet Eure Freunde, mitzumachen!
- Geht gezielt auf Leute zu!
- Denkt an Leute, die keinen Internetzugang haben!

Sobald die Listen voll sind, schickt sie bitte **bis spätestens Anfang September** an unsere Adresse.

BRINGT DIE AUSEINANDERSETZUNG VORAN!

- Unsere Erfahrung ist, dass viele noch gar nicht nachgedacht haben. Ihr könnt u.a. in Foren diskutieren und Texte weiterleiten.

BETEILIGT EUCH AN DEN FINANZEN!

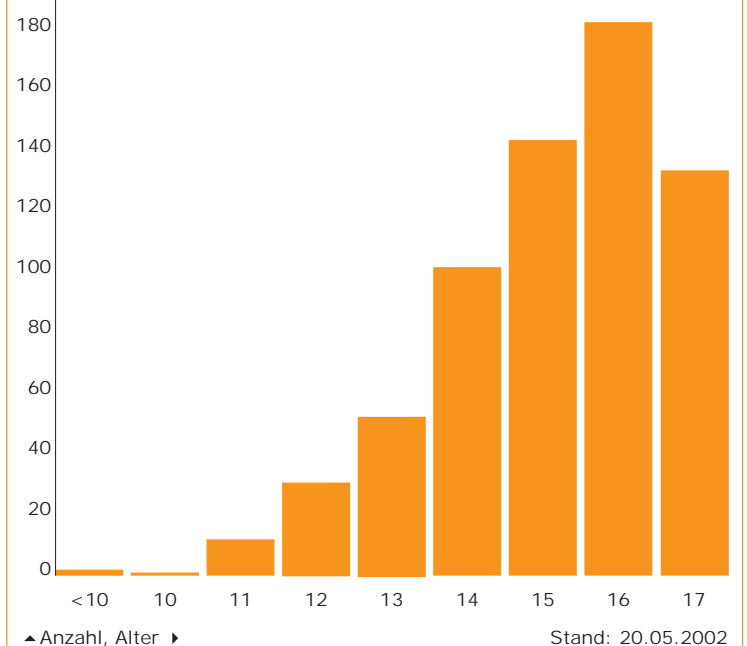
- Habt Ihr Geld für Drucksachen, Porto oder Werbemaßnahmen, z.B. T-Shirts, Plakatwände, Postkarten, Plakate usw.?
- Benutzt unser **Spendenformular** im Internet, gebt dieses weiter an Eltern, Lehrer, Nachbarn,...!

NACHGEZÄHLT

MEHR ALS DIE HÄLFTE UNTER 16

Mehr als die Hälfte derjenigen, die sagen „Ich will wählen“, sind jünger als 16. Bei einer Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bliebe ihr Wille zu wählen weiterhin unberücksichtigt. Auch die Tatsache, dass mehr 15- als 17jährige ihr Interesse bekundet haben, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Forderung nach einem Wahlrecht ab 16. Und auch mit Wahlalter 14 wären noch nicht alle zufriedengestellt: rund jeder siebte Unterschreibende ist unter 14.

Altersverteilung der Untersreiber



DEINE STIMME ZÄHLT
NUR WENN DU EINE HAST